

USA: Trumps Politik schädigt Gesundheit von queeren Menschen

Es besteht eine Verbindung zwischen Donald Trumps LGBTI+ feindlicher Politik und der psychischen Gesundheit von queeren Menschen: Gleich zwei neue Studien belegen, dass die Fälle von extremen, psychischen Belastungen in diesen vier Jahren überdurchschnittlich stark zugenommen haben.



Bereits eine Umfrage des Trevor Project, jener Organisation, welche sich um die psychische Gesundheit von queeren Jugendlichen kümmert, hat damals gezeigt, dass 94 Prozent der jungen LGBTI+ erklärten, dass die Politik Donald Trumps ihre psychische Gesundheit negativ beeinflusst. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam nun auch eine breit abgestützte Studie von Privatdozent und Wirtschaftsprofessor Masanori Kuroki an der Arkansas Tech University, welche im Dezember im Journal Economics and Human Biology veröffentlicht wurde.

Für die Untersuchung wurden Daten von mehr als einer Million Personen untersucht, welche in den Jahren 2014 bis 2020 für das Behavioral Risk Factor Surveillance System interviewt wurden, also vom Wahlkampf von Donald Trump und Mike Pence bis zum Ende ihrer Amtszeit. Dabei wurden die Aussagen von queeren Menschen jenen von Nicht-LGBTI+ gegenüber gestellt und mit den Resultaten in Bezug auf die psychische Gesundheit verglichen.

Das Ergebnis zeigt, dass die Wahl und die Politik auf die Psyche der LGBTI+ geschlagen hat. Angstzustände, Depressionen und Stress haben bei queeren Menschen in diesem Zeitraum zugenommen – insbesondere die extremen Probleme. Per Definition in der Studie trifft dies zu, wenn man an dreißig Tagen in Folge unter psychischen Beschwerden leidet.

Dabei zeigte sich, dass dieser Unterschied zwischen LGBTI+ und nicht LGBTI+ während der Präsidentschaft zunahm. So gab es 2014/15 noch eine Differenz von 1.8 Prozent, welche dann auf 3.8 Prozent anstieg, als anfangs 2016 klar wurde, dass Trump tatsächlich Präsident werden könnte. Obwohl es nach einem kleinen Anstieg aussieht, so unterstreicht Masanori Kuroki aber auch, dass solche extremen Zustände absolut nicht normal seien und die Zahlen daher genau beobachtet werden müssen.

Das Erbe von Donald Trump könnte zudem noch weiterleben: Alleine zwischen 2015 und 2019 wurden in den USA rund 200 Gesetze oder Richtlinien eingeführt, welche sich gezielt gegen die LGBTI+ Community richten. Obwohl die Präsidentschaft von Trump – zumindest vorerst – vorüber ist, so führen die Republikaner in den Bundesstaaten dessen Politik weiter und haben sie teilweise sogar noch intensiviert. Aus diesem Grund dürfte es für Joe Biden auch schwer sein, diesbezüglich Gegensteuer zu geben.

Auch Adrienne Grzenda kam in ihrer Studie zum Schluss, dass sich die mentale Gesundheit von queeren Menschen während den Trump-Jahren verschlechtert hat. Viele würden sich hoffnungslos fühlen, so die Hauptautorin der Studie, denn ihre schlimmsten Befürchtungen seien mit der Wahl Donald Trumps eingetroffen. Während 2015 noch 15.4 Prozent der LGBTI+ angaben, dass sie unter psychischem Stress leiden, so waren es 2019 bereits 21.5 Prozent, was einer Zunahme von 6.1 Prozent entspricht. Im selben Zeitraum nahm diese Form des Stress bei Nicht-Queers von 10.4 auf 11.5 Prozent, also um 1.1 Prozent, zu.

Wie Grzenda weiter erklärt, sei aber nicht die gesamte LGBTI+ Community gleich betroffen gewesen: Die stärksten Auswirkungen hätten sich bei Bisexuellen und besonders bei trans Personen gezeigt. Dass gerade trans Menschen besonders stark betroffen sind, lässt sich damit erklären, dass sie auch das Hauptziel von Donald Trumps Politik waren. So haben er und die Republikaner versucht, deren Rechte im Militär, im Gesundheitswesen und in öffentlichen Einrichtungen massiv einzuschränken.

Für die Studie von Grzenda wurden insgesamt 270'000 Erwachsene zugezogen, wovon sich rund fünf Prozent als der LGBTI+ Community zugehörig bezeichneten.

Sowohl Adrienne Grzenda wie auch Masanori Kuroki halten fest, dass es anhand der vorhandenen Daten noch nicht möglich sei, ein endgültiges Verdikt über den Einfluss von Donald Trump auf die psychische Gesundheit von LGBTI+ festzulegen, doch in beiden Studien gibt es ähnliche Faktoren, welche darauf hinweisen. Besonders Grzenda hält dabei fest, dass die Daten dafür genutzt werden sollten, um einen umfassenden Diskriminierungsschutz für queere Menschen umzusetzen. Dieser soll fest im Gesetz verankert werden, damit er bei allfälligen, plötzlichen politischen Umwälzungen und Neuausrichtungen nicht ohne weiteres ausgesetzt werden kann.

queer.de / 5.1.2022